Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75 unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 292. | Dresden, Sonnabend den 17. Dezember 1910. | 21. Jahrg.

Libera'e Reaktion.

Die nationalliberale Partei könnte in den gegenwärtigen und künftigen politischen Kämpfen des deutschen Reiches noch einmal eine wichtige Rolle spielen. Die Stunde ist gekommen, wo die Gewaltherrschaft der rückständigsten Klassen, der Junkerei und der Klerisei, abgeworfen werden, wo Deutschland auf die Bahn eines modernen Staatswesens gebracht werden könnte. Es zeigt sich jedoch immer wieder das traurige Schauspiel, daß bei uns die Partei, welche in erster Linie Industrie und Handel zu vertreten erklärt, völlig unfähig ist, an der Fortbildung der deutschen Zustände zu arbeiten. Selbst die brutalen Fußtritte, die das Junkertum in der Zeit des Zusammenbruchs der Bülowschen Paarungspolitik den Liberalen erteilte, selbst alle Unverfrorenheiten der Heydebrand und Oldenburg, selbst alle neuen Triumphe der klerikalen Muckerei reichen nicht zu, um dieser Art Liberalen die Wege zu weisen, die nur einigermaßen dem Namen der Partei entsprechen würden.

Die letzten Ereignisse haben wiederum erwiesen, daß die Nationalliberalen völlig unfähig sind, einen kräftigen Entschluß zu fassen und an der Beseitigung der Reaktion irgendwie mitzuhelfen. Im Gegenteil: sie reden von Liberalismus, aber ihr Tun ist selbst nur Reaktion.

Ein recht deutliches Beispiel nationalliberaler Unzuverlässigkeit und Kläglichkeit gibt das Auftreten des jetzigen nationalliberalen Vertreters von Dresden-Altstadt, des Abgeordneten Heinze, in der letzten Etatsdebatte des Reichstags. Dieser Abgeordnete hat sich in früherer Zeit als ein etwas liberaler Mann aufgespielt und wegen dieses Anscheins — in Verbindung freilich mit allen unsauberen reichsverbändlerischen Wahlmachenschaften — ist es ihm gelungen, bei den Lügenwahlen von 1907 das Reichstagsmandat zu gewinnen. Immer mehr hat es sich aber gezeigt, daß er ein echter rechter Nationalliberaler ist, ein Drehscheibenmann bedenklichster Art, den die Drehscheibe schließlich stets auf die reaktionäre Seite eindreht. Herr Dr. Heinze sagte im Reichstag auch einiges gegen das Zentrum und den Bund der Landwirte. Es war aber darnach. Es fehlte jeder größere Gesichtspunkt und jeder wirklich liberale Zug. Am Bund der Landwirte hat Dr. Heinze nur auszusetzen, daß er auf noch höhere Zölle ausgeht als sie jetzt bestehen, im übrigen verwahrte er sich feierlich dagegen, daß er und seine Partei von der „bewährten Schutzzollpolitik" abzuweichen gedächten. So spricht der Vertreter einer sächsischen Großstadt, deren Bevölkerung Jahre lang unter der Lebensmittelteuerung schwer zu leiden hatte, und der Mann — nennt sich liberal!

Auf die Haltung seiner Partei in den vorjährigen Steuerkämpfen scheint Herr Dr. Heinze besonders stolz zu sein. Er sagte hierüber:

„Merkwürdig ist, wie unsere vollständig klare Haltung zur Finanzreform noch immer verkannt wird. Wir haben gegen die Finanzreform gestimmt, weil sie es an einem Ausgleich nach der Seite der Besitzenden fehlen ließ. Unsre Grundforderung, daß bei einer derartigen Belastung der großen Massen der Großbesitz in hervorragender durchgreifender Weise herangezogen werden sollte, ist nicht erfüllt worden. Die Millionenvermögen sind durch Ihre Erbschaftsteuer so gut wie gar nicht getroffen. Es sind volkswirtschaftliche, politische Gründe, die uns zur Ablehnung der Finanzreform gezwungen haben."

Tatsächlich hat aber bei den Nationalliberalen, als sie die Finanz„reform" ablehnten, keineswegs die Absicht, den Großbesitz durchgreifend heranzuziehen, mitgesprochen. Das leitende Motiv ihres Handelns war vielmehr der Verdruß über die neue Geschäftsverbindung, die sich zwischen Konservativen und Zentrumspartei damals anbahnte. Die Nationalliberalen sahen, daß sie aus der stolzen Stellung elendiglich verdrängt wurden, für die sie sich bei den Wahlen stark gemacht zu haben glaubten. Jetzt zerrannen ihre Hoffnungen und sie stellten sich in den Schmollwinkel. Und wie sah der „Ausgleich nach der Seite der Besitzenden" aus? Wie sollte der Großbesitz „in hervorragender durchgreifender Weise" herangezogen werden? Die Nationalliberalen waren mit Ach und Krach geneigt, 62 Millionen aus der Erweiterung der Reichserbschaftssteuer als Ausgleich gegen 400 Millionen neue volksbelastende Steuern zu bewilligen. So sieht es aus, wenn Nationalliberale „hervorragend durchgreifen". Herr Dr. Heinze im besonderen hat sich ja damals auch als eifriger Befürworter der Verschärfung der Tabakbesteuerung und anderer indirekter Verbrauchsabgaben trefflich bewährt.

Wenn die Nationalliberalen mit ihrer damaligen Haltung schon sehr wenig Staat machen können, so sieht es mit ihrer jetzigen Haltung noch viel schlimmer aus. Ihre jetzige Haltung ist die schlimmste Haltlosigkeit. Dr. Heinze sprach das schöne Wort aus: es solle die Liberalisierung Deutschlands durchgeführt werden. Er sagte aber auch alsbald, was er sich dabei denkt. Er denkt an ein Pluralwahlrecht in Preußen nach sächsischem Vorbild, jedenfalls aber noch ein gut Teil schlechter. Er denkt an eine „Sozialpolitik", die auf die Entrechtung der Arbeiterschaft abzielt. Es war der am meisten charakteristische Abschnitt der Ausführungen des Abgeordneten Dr. Heinze, in dem er seine volle Uebereinstimmung mit den gewalttätigen Drohungen Bethmann-Hollwegs gegen die Arbeiterschaft bekundete. Herr Dr. Heinze ist nicht für „Ausnahmegesetze" zu haben, so erklärte er. Aber er übernimmt alle Gehässigkeiten und Verleumdungen gegen die Tätigkeit der Arbeiterschaft in den Krankenkassen und begeistert sich für die Beseitigung des geringen Maßes von Selbstverwaltung, das die Arbeiter auf diesem Gebiet besitzen. Er begeistert sich nicht minder für beschleunigtes Aburteilungsverfahren, für Verschärfung des Strafgesetzes, für allerlei Bekämpfung des „Umsturzes" auf dem Wege des gemeinen Rechtes. Er spielt dabei noch dazu den Harmlosen: es sei ja gar nichts Schlimmes geplant, was Bethmann-Hollweg wolle, das sei doch keineswegs bedrohlich. Herr Heinze scheint es zurzeit sogar schon für gerechte liberale Politik zu halten, wenn ein Reichskanzler, statt des einen Sozialistengesetzes, das er nicht machen kann, drei grundlegende Gesetze, die Versicherungsordnung, die Strafprozeßordnung und das Strafgesetz, im scharfmacherischen Sinne revidieren will. So ist dieser Nationalliberale zum Befürworter und Handlanger der schlimmsten, arglistigsten Reaktionspolitik geworden! Ein Liberaler, wahrlich ein Liberaler!

Doch auch der Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Herr Bassermann, ist wieder eifrigst beflissen, seine Partei der Reaktion zur Verfügung zu stellen. Ueber eine Rede, die Bassermann jetzt in Braunschweig gehalten hat, berichtet die Nationalliberale Korrespondenz:

„Viel Vertrauen bringt Bassermann dem Reichskanzler entgegen, der jetzt durch die scharfe Absage an die Gefolgschaft des Herrn v. Heydebrand doch damit Ernst machen wolle, sich nicht von der schwarzblauen Mehrheit lediglich ins Schlepptau nehmen zu lassen, auch jede Schulmeisterung von dieser Seite sich verbitte. . .

Die weiteren Ausführungen Bassermanns gipfelten in der Aufforderung, die Unzufriedenheit im Volke nicht mehr weiter zu schüren, sondern alle liberalen Kräfte zu sammeln zum Kampfe, der uns bis zu den nächsten Wahlen bevorsteht."

Ein liberales Blatt, das mit dem Liberalismus Ernst zu machen bestrebt ist, das Berliner Tageblatt, sagt dazu ganz zutreffend: „Herr v. Heydebrand wird den Reichskanzler gern ermächtigen, ihm alle Tage solch eine papierne Absage zu erteilen, wenn Herr Bassermann und die Seinen durch dies einfache Mittel auf den Leim des Vertrauens und der Sammlungspolitik zu locken sind." Und weiter: „Schon auf dem Kasseler Delegiertentag sang Herr Bassermann, im elegischen Rückblick auf die seligen Tage des Bülowblocks, das Lob der Zufriedenheit. Nun ist er schon einen Schritt weiter und ruft bereits zum Kampfe gegen die Unzufriedenheit im Volke! Daß Unzufriedenheit die Quelle alles Fortschritts ist, davon scheint sich dieser Auch-Liberale nie etwas haben träumen zu lassen. Oder, wenn doch, so hat ihm der Traum sicher schweres Alpdrücken verursacht." In der Tat, die nationalliberale Partei ist wieder einmal im Begriff, eine günstige Situation zu verpfuschen und der schlimmsten Reaktion Vorschub zu leisten.

Herr Bassermann weiß natürlich recht gut, was der tiefere Sinn der neuesten scharfmacherischen Bestrebungen ist. Den Unternehmern der Schwerindustrie und allen anderen fanatischen Arbeiterfeinden unter den Kapitalisten soll gezeigt werden, daß der schwarz-blaue Block ihnen zu gewähren bereit ist, was sie von den Nationalliberalen seit dem Fall des Sozialistengesetzes nicht mehr bekommen konnten: brutale Knebelungsgesetze für die Arbeiterbewegung. Dadurch will sich der schwarz-blaue Block bei den Unternehmern beliebt machen und verhindern, daß die Nationalliberalen bei den nächsten Wahlen gegen ihn Stellung nehmen. Wenn nun Herr Bassermann spricht, wie er in Braunschweig gesprochen hat, so zeigt er damit, daß er sich nicht die Kraft zutraut, eine solche Taktik zu durchkreuzen. Er weicht aus, wie er und seine Partei klaren Entscheidungen immer so lange wie möglich ausweichen, um zum Schluß auf die rechte Seite zu fallen.

Dies ist ein Liberalismus, der diesen Namen gar nicht verdient. Ein solcher Liberalismus ist in gewissen Zeiten selbst schlimmer als die blutdürstige Reaktion. Denn von dieser weiß man, wie man mit ihr daran ist. Eine Partei aber, die hin und her schwankt, die liberale Worte säuselt, während sie reaktionäre Taten unterstützt und empfiehlt, ist ein schleichendes politisches Elend, das von der deutschen Wählerschaft je eher je besser gründlich beseitigt werden muß!

* * *

Dr. Heinze als Reichsverbändler.

Auch einen elenden Reichsverbandsschwindel hat Dr. Heinze in seiner Etatsrede auf die Reichstagstribüne geschleppt. Er führte aus:

> In dem Prozesse Pollender gegen die Leipziger Neuesten Nachrichten ist gerichtlich festgestellt worden, daß die politischen Rücksichten bei der Besetzung der Aemter an den Krankenkassen eine Rolle spielen, daß Genossen, notorische Streikführer usw. bei der Anstellung bevorzugt werden. Diesen sozialdemokratischen Terrorismus können wir nicht gewähren lassen. Die Sozialdemokraten haben sich in der Krankenkassenverwaltung als die parteiischste Gesellschaft erwiesen.

Die Vorgänge im Prozeß des Genossen Pollender sind längst völlig klargestellt worden. Nichts Wahres ist an all diesen Behauptungen. Dr. Heinze aber sagt, in dem Prozeß gegen das genannte bürgerliche Blatt sei festgestellt worden, daß die politischen Rücksichten bei der Besetzung der Aemter an den Krankenkassen eine Rolle spielten. Wie wäre das Gericht überhaupt imstande gewesen, bei einer Mehrzahl von Kassen diese politische Rücksichtnehmerei festzustellen? Hätte sich ein sächsischer Richter die Frage nicht auch vorlegen müssen? Hat denn das Leipziger Gericht diese Behauptung als eine Tatsache feststellen können? Mit seinen Behauptungen hat Herr Dr. Heinze bewiesen, daß er zwischen Tatsachen und bloßen Reichsverbandsschwindeleien sehr schlecht unterscheiden kann.

Die Leipziger Volkszeitung führt noch zutreffend zu dieser Angelegenheit aus: Der schlimmste Vorwurf in den Augen der Gegner ist es, daß ehemalige Arbeiter als Kassenbeamte eingestellt werden, wenn sie die Befähigung zur Bekleidung dieser Posten haben. Damit — so meinen sie — sei bewiesen, daß in den Ortskassen sozialdemokratische Politik getrieben werde. Obwohl jeder auf den ersten Blick sieht, daß dies Blech ist, verbreiten Leute dieses Blech, die Anspruch darauf machen, als vernünftige und ehrliche Menschen angesehen zu werden. Nach der Logik der Gegner hieße es keine Politik treiben, wenn antisemitische, nationalliberale, konservative und sonstige bürgerliche Politik treibende Beamte angestellt würden; Politik wird erst mit der Einstellung von Arbeitern getrieben. Die Tatsache, daß sich unter den 400 bis 500 Angestellten der Leipziger Ortskrankenkasse ein ganz geringer Teil, jedenfalls kaum der zehnte Teil Angestellte mit sozialdemokratischer Anschauung befinden, läßt den Einfaltspinseln im bürgerlichen Lager keine Ruhe mehr, und ununterbrochen lassen sie ihr reaktionäres Angstgeschrei über die sozialdemokratische Politik in der Leipziger Ortskrankenkasse ertönen.

Wenn Herr Dr. Heinze sein Streitrößlein in Zukunft wieder einmal gegen die Sozialdemokratie tummeln will, mag er saubrere Waffen zum Kampf wählen, als am letzten Mittwoch im Reichstag.

Die Situation im Ruhrrevier.

III.

Vor einigen Wochen trat der Vorstand des „alten" Bergarbeiterverbandes an die Vorstände der drei anderen Berufsorganisationen der Bergleute heran, um, nach dem Vorbilde früherer gemeinsam unternommener Aktionen, jetzt abermals ein solidarisches Vorgehen aller vorhandenen Bergarbeiterverbände gegen das Unternehmertum ins Werk zu setzen. Die Leitungen der beiden kleinsten Organisationen (der polnischen Berufsvereinigung und der Hirsch-Dunckerschen Bergmannsorganisation) stimmten dem Vorschlage denn auch diesmal zu, während der Vorstand des numerisch leider immer noch wesentlich in Betracht kommenden christlichen Gewerkvereins unerwarteterweise diesmal jedes gemeinsame Vorgehen rundweg ablehnte. Das war um so auffälliger, als nicht nur vor etwa einem Jahrzehnt bei verschiedenen Anlässen, sondern auch noch 1905 bei dem großen Streik die Leitung der christlichen Organisation Hand in Hand mit den Leitungen der übrigen Verbände gearbeitet hatte. Ja, noch vor Jahresfrist, bei der Aktion gegen den Zwangsarbeitsnachweis der Grubenmagnaten, waren sämtliche Aufrufe von den Vorständen aller vier Organisationen gemeinsam unterzeichnet worden. Woher nun jetzt diese plötzliche Schwenkung? Die Leitung der „Christen" gibt als Grund an, sie sei in den letzten Monaten vom alten Verbande zu stark „beschimpft" worden; nun ist es ja richtig, daß die Worte, mit denen sich die Verbände bei den Sicherheitsmänner- und Knappschaftsältestenwahlen der letzten Monate bekämpften, nicht gerade in Rosenwasser getaucht waren; aber wenn da der alte Verband siebenmal gesündigt hat, so hat der christliche Gewerkverein gewiß siebzig mal siebenmal gesündigt, und aus dem Walde des alten Verbandes hat es nur so herausgeschallt, wie man in ihn vorher hineingerufen hatte. Und seit wann ist man denn überhaupt im Ruhrgebiet starken Worten gegenüber so zimperlich? Wer hier ein paar Jahre die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe mitgemacht hat, der ist an starken Tabak gewöhnt! Und zu des biederen Herrn August Brust Zeiten haben sich die Verbände oft noch weit gepfeffertere Grobheiten an die Köpfe geworfen als in der letzten Zeit — und sind ein paar Monate später dann doch in geschlossener Front dem Bergprotzentum entgegengetreten. Also: der „schlechte Ton" kann die Ursache nicht sein. Und dennoch hängt die Separierung der „Christen" in der Tat mit den jüngsten Bergmannswahlkämpfen zusammen: in diesen Kämpfen waren die „Christen" nämlich von vornherein fast durchweg mit dem Unternehmertum, den Zechenkandidaten, Hand in Hand gegangen und haben dann natürlich auch deren vernichtende Niederlage auf der ganzen Linie geteilt. Und diese Niederlage, dieser beispiellose Triumph des alten Verbandes: er ist es, der den „Christen" jetzt noch in den Knochen liegt und sie jedem Pakt mit dem Sieger vom Herbst abgeneigt macht — möge ein solcher Pakt auch noch so sehr im Interesse der Bergarbeiterschaft liegen.

Der tiefste Grund der Rechtsschwenkung der „Christen" in den Herbstkämpfen und damit auch der tiefste Grund ihrer Absentierung in der gegenwärtigen Bewegung ist rein politisch. Der Schlüssel zum Verständnis der ganzen Situation liegt in der voraussichtlichen westdeutschen Wahlkonstellation des nächsten Jahres. Die Dinge liegen nämlich so, daß bei den kommenden Reichstagswahlen kaum ein einziger der großen industriellen Wahlkreise des Westens von Hamm-Soest bis Köln hinauf von einer der beiden hier allein in Betracht kommenden großen bürgerlichen Parteien (Nationalliberale und Zentrum) aus eigener Kraft gegen die rote Flut wird verteidigt werden können. Soweit wir die Mandate nicht schon im Besitze haben (Dortmund, Bochum, Duisburg) kommen wir zum mindesten in mehr oder weniger aussichtsreiche Stichwahlen — und dann sind die bürgerlichen Parteien auf gegenseitige Stichwahlhilfe angewiesen. Und darauf richtet man seine Taktik schon jetzt ein. Man will unter allen Umständen verhüten, daß die Massen der christlichen Arbeiter jetzt Schulter an Schulter mit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19101217/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG